

Schwarz-Gelb kann bekämpft werden – auf allen Ebenen. Neuorientierung der SPD ist nötig.

Die Bundestagsfraktion der Linken hat einen guten Plan verabschiedet

Ergebnis mit vielen Superlativen.....	1
Wo ist die „strukturelle Mehrheit“ von Links geblieben?.....	2
Strategische Neuorientierung der SPD.....	4
Auflösung der gesellschaftlichen Milieus oder Modernisierung?.....	5
Eine neue Qualität der Ergebnisse der Linken im Westen.....	7
Große Turbulenzen auf Länderebene, ausgelöst durch die Stärke der Linken.....	7
Saarland.....	8
Thüringen.....	8
Umkämpfte Bundesratsmehrheit.....	9
Die Linke positioniert sich nochmal klar und deutlich.....	11
10-Punkte-Sofortprogramm der LINKEN.....	11
Deutschland verweigert den Kriegsdienst.....	11
1. Raus aus Afghanistan.....	11
Gute Arbeit.....	12
2. Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes und Gleichstellung in Lohnfragen.....	12
3. Stärkung von Kündigungsschutz und Mitbestimmung - 2 Mio. Arbeitsplätze statt Massenarbeitslosigkeit.....	12
Soziale Sicherheit.....	12
4. Kurzarbeitergeld und Arbeitslosengeld I verlängern.....	12
5. Hartz IV abschaffen.....	12
Alterssicherung - armutsfest und gleich in Ost und West.....	12
6. Rente ab 67 zurücknehmen und Rentenwert Ost-West zügig angleichen	12
Wer bezahlt die Krise?.....	13
7. Kleine und mittlere Einkommen entlasten - Kreditklemme bekämpfen	13
8. Schutzschirm für die sozialen Sicherungssysteme.....	13
Grundrechte verteidigen.....	13
9. Grundrechte verteidigen.....	13
Energiewende durchsetzen.....	14
10. Atomausstieg unumkehrbar machen.....	14

Ergebnis mit vielen Superlativen

Augsburg, 12.10.2009. Die vergangenen Bundestagswahlen brachten nach einem eher unspektakulären Wahlkampf im Ergebnis eine Reihe von Superlativen. Die Wahlbeteiligung war mit 70,8 Prozent die niedrigste bei Bundestagswahlen überhaupt, mit einem krassen Rückgang gegenüber der Wahl 2005 um 6,8 Prozentpunkte. Von diesen 70,8 Prozent Wahlbeteiligung wären eigentlich nochmal 1,5 Prozentpunkte an ungültigen Stimmen abzuziehen.

Die Union verzeichnete ihr schlechtestes Ergebnis seit 1949¹, auch die CSU verzeichnete ihr schlechtestes Ergebnis seit diesem Zeitpunkt.² Die SPD hatte ihr schlechtestes Ergebnis überhaupt seit dem Kriegsende. Die kleineren Parteien – Grüne, Linke, FDP – profitierten und hatten ihre besten Ergebnisse überhaupt. Bei der Linken wird Gysi nicht müde, hervorzuheben, es sei „das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, dass eine Partei links von der Sozialdemokratie ein zweistelliges Ergebnis erreicht“.

Die Rechten bleiben bei der Bundestagswahl chancenlos, es scheint sich aber ein relativ stabiler Sockel von ca. zweieinhalb Prozent Rechtswählern – immerhin knapp über eine Million – zu etablieren.³ Und zwar seit 1990, also schon fast 20 Jahre lang.⁴ Hervorzuheben ist in dem Zusammenhang, dass die DVU nicht mehr im Landtag Brandenburg vertreten ist, während in Sachsen im August die NPD noch einmal knapp in den Landtag gewählt wurde.

Wo ist die „strukturelle Mehrheit“ von Links geblieben?

Die bürgerlichen Medien gaben in der Vergangenheit unumwunden zu, dass es seit 1998 im Bundestag eine klare „strukturelle Mehrheit“ der „linken“ Parteien gibt, also die Option Rot-Rot-Grün ansteht. (vgl. Tabelle 1). Ist diese „strukturelle Mehrheit“ nun dahin, nachdem Union und FDP zusammen sich in der Bundestagswahl 2009 von 45 auf 48,4 Prozent verbesserte und SPD, Linke und Grüne von 51,1 auf 45,6 Prozent abfielen? Dazu wollen wir zunächst feststellen, dass der Unterschied auch in Prozentanteilen mit 2,8 Prozent zwischen den beiden Lagern gar nicht so groß ist. Es sind 1,18 Millionen Stimmen Unterschied. Betrachtet man die Stimmenanzahl (Tabelle 2), so erkennt man zwei gravierende Dinge: Das schwarz-gelbe Lager hat auch diesmal verloren, nämlich eine Viertelmillion Stimmen gegenüber 2005. Die SPD hat angsterregende Verluste gemacht, sie hat gegenüber dem Jahr

2005 weit über sechs Millionen Wähler verloren!

Dass Rot-Rot-Grün dennoch nicht so stark gegenüber dem schwarz-gelben Lager abfiel, liegt einmal an der Stagnation und dem Schwund des schwarz-gelben Lagers selbst und dann an den kräftigen Zugewinnen der Linken und der Grünen, die sich zusammen auf 1,88 Millionen Zweitstimmen belaufen.

Die FAZ schrieb 2007 nach dem erstmaligen Einzug der PDS in ein

Tabelle 1
Bundestagswahlen Zweitstimmenanteile Bundesergebnisse

	2009	2005	2002	1998	1994	1990
SPD	23,0	34,3	38,5	40,9	36,4	33,5
CDU	27,3	27,8	29,5	28,4	34,2	36,7
CSU	6,5	7,4	9,0	6,7	7,3	7,1
CDU/CSU	33,8	35,2	38,5	35,1	41,5	43,8
GRÜNE	10,7	8,1	8,6	6,7	7,3	5,0
F.D.P.	14,6	9,8	7,4	6,2	6,9	11,0
LINKE/PDS	11,9	8,7	4,0	5,1	4,4	2,4
SPD GRÜNE	33,7	42,4	47,1	47,6	43,7	38,5
SPD GRÜNE LINKE/PDS	45,6	51,1	51,1	52,7	48,1	40,9
CDU/CSU F.D.P.	48,4	45,0	45,9	41,3	48,4	54,8

Eigene Berechnungen nach Daten des Bundeswahlleiters

¹ 1949 hatte die Union nur 31%. Damals kandidierten allerdings auch noch die DP (Deutsche Partei), Zentrum (Deutsche Zentrumspartei), BP (Bayernpartei), WAV (Wirtschaftliche Aufbauvereinigung) und über eine Million wählten Parteilose, das waren damals immerhin 4,8%.

² Die CSU hatte damals noch starke Konkurrenz und erreichte 1949 nur 29,2%.

³ Die NPD konnte sich mit 1,5% auf relativ hohem Niveau halten (2005: 1,6%), die REP bauten auf 0,4% ab (2005: 0,6%), hinzu kommen mit 0,5% als sonstige rechte Parteien PBC, BüSo, BP, VoAb, DVU je 0,1%, Z, ADM, CM je 0%. nach *Bundestagswahlen Ergebnisse bundesweit* <http://www.wahlen-in-deutschland.de/buBTW.htm>. Wir haben bei den „Rechten“ lediglich die ÖDP herausgerechnet.

⁴ Eine gefährliche Ausnahme bildete das Wahljahr 1998, wo die Rechtswähler auf 2,3 Millionen anwuchsen (4,7%; davon REP 1,8%, DVU 1,2%, Pro DM 0,9%, NPD 0,3%)

Tabelle 2

Bundestagswahlen Zweitstimmen Bundesergebnisse

	2009	2005	2002	1998	1994	1990
SPD	9.988.843	16.148.240	18.484.560	20.181.269	17.140.354	15.545.366
CDU	11.824.794	13.096.556	14.164.183	14.004.908	16.089.960	17.055.116
CSU	2.830.210	3.494.564	4.311.513	3.324.480	3.427.196	3.302.980
CDU/CSU	14.655.004	16.591.120	18.475.696	17.329.388	19.517.156	20.358.096
GRÜNE	4.641.197	3.826.194	4.108.314	3.301.624	3.424.315	2.347.407
F.D.P.	6.313.023	4.619.519	3.537.466	3.080.955	3.258.407	5.123.233
LINKE/PDS	5.153.884	4.086.134	1.915.797	2.515.454	2.066.176	1.129.578
SPD GRÜNE	14.630.040	19.974.434	22.592.874	23.482.893	20.564.669	17.892.773
SPD GRÜNE LINKE/PDS	19.783.924	24.060.568	24.508.671	25.998.347	22.630.845	19.022.351
CDU/CSU F.D.P.	20.968.027	21.210.639	22.013.162	20.410.343	22.775.563	25.481.329

Eigene Berechnungen nach Daten des Bundeswahlleiters

westdeutsches Parlament einen Kommentar mit dem Titel „Lafontaine auf der Siegerstraße“, der strategisch so weitblickend war, dass wir ausführlicher daraus zitieren wollen:

In Bremen hat sich die PDS mit Hilfe der Gewerkschaften erstmals Eingang in ein westdeutsches Parlament verschafft. Ob die Wähler der Linkspartei in vier Jahren wieder die Tür weisen oder ob demnächst in Hessen, Niedersachsen, im Saarland und gar in Bayern gleich reihenweise andere Türen aufspringen werden, das dürfte nach dem Bremer Wahlsonntag vor allem die großen Parteien mehr beschäftigen als vieles andere.

War es ein „historischer Sieg“, wie die Linkspartei selbst jubelt - so einer wie 1979 der Einzug der Bremer Grünen Liste in die Bürgerschaft, der tatsächlich Vorbote der einzig erfolgreichen Parteineugründung nach dem Krieg gewesen ist? [...]

Eine strukturelle Mehrheit der bürgerlichen Parteien im Bund hat es zuletzt 1990 gegeben. Schon vier Jahre später war der Vorsprung von CDU/CSU und FDP gegenüber SPD, Grünen und PDS auf zwei Zehntelprozentpunkte zusammengeschmolzen. Seit 1998 haben die in drei Schattierungen auftretenden linken Parteien im Bundestag konstant das Übergewicht. Selbst die Abwahl der rot-grünen Bundesregierung hat daran nichts geändert: 51 Prozent der Stimmen kamen auf der Linken zusammen, 44 Prozent auf der Rechten. Die übrigen fielen an Parteien, die an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten.

Nur wegen der zurzeit noch bestehenden personellen Unverträglichkeiten zwischen der PDS-Führung und den beiden anderen auf ihrer Seite angesiedelten Fraktionen ist daraus noch kein linkes Lager geworden. Nur deshalb kam es ja zur Bildung der großen Koalition. Aber selbst wenn Oskar Lafontaine seine persönliche Rache an der SPD noch ein paar Jahre länger betreiben möchte – es ist nur eine Frage der Zeit, bis dieses mentale Hindernis einer Lagerbildung überwunden wird. Sowohl der linke Flügel der SPD als auch Teile der Grünen arbeiten zielstrebig darauf hin.

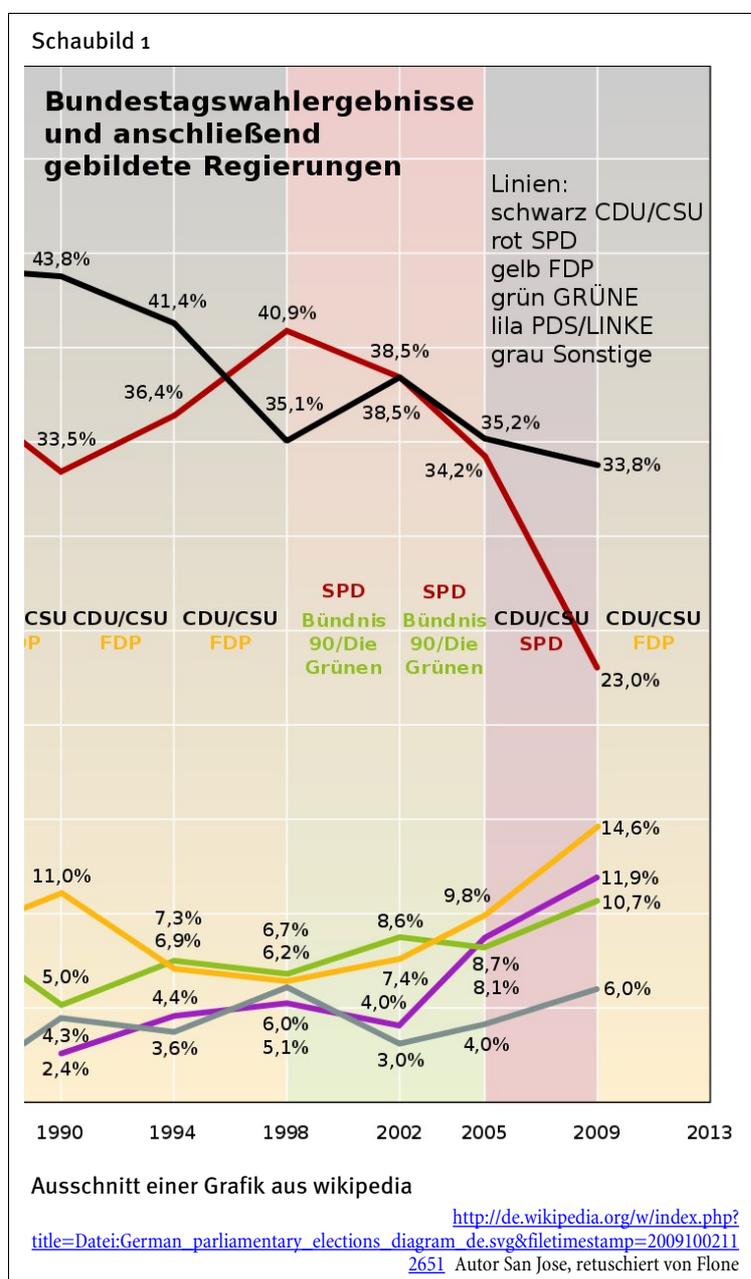
[...] für manche Sozialdemokraten sogar verlockend könnte es dagegen sein, sich mit der Existenz einer fundamentalistischen Linkspartei abzufinden und sie langfristig in eine Lagerstrategie einzubinden. Um ihre dominierende Stellung in einem so gespreizten Wählerreservoir müsste die SPD nicht bangen.

Vielmehr wäre ihr ein Abonnement auf die Regierungsbildung sicher, solange die strukturelle Mehrheit auf der Linken erhalten bliebe. Im Grunde genommen ist es das, was Lafontaine vorhatte: die SPD an der Spitze eines Parteienkonglomerats zu etablieren, das die Union auf Dauer von der Macht fernhielte. Es wird immer wahrscheinlicher, dass er der SPD von außen ein Konzept aufzwingt, das er als ihr Vorsitzender nicht durchsetzen konnte.

Die Frage ist, ob Beck als Vorsitzender flexibel genug ist, um diesen strategischen Schwenk einzuleiten. Daher die Unruhe in der SPD, die Beck jüngst noch verstärkte, indem er Gedankenspielen über ein mögliches Zusammengehen mit FDP und Grünen Raum gab, möglicherweise gar durch einen fliegenden Wechsel ohne Neuwahl. In der SPD finden solche Überlegungen, zu denen schließlich auch die ins Auge gefassten Partner erst noch ein Wörtchen sagen müssten, wenig Anklang. Dann würden die meisten wohl lieber mit der großen Koalition weitermachen.

Die Variante Lafontaine dagegen dürfte schon heute viele heimliche Anhänger haben, zumal sie die Aussicht bietet, auch mit den Gewerkschaften wieder ins Reine zu kommen. Wenn Beck sie nicht ansteuert, so wird Wowereit sich mit ihr ins Spiel bringen. Im Gegensatz zum amtierenden SPD-Vorsitzenden hat der Berliner Bürgermeister die PDS schon lange auf seiner Rechnung – nicht als vorübergehende Erscheinung, sondern als feste Größe. Die bürgerlichen Parteien jedenfalls sollten sich darauf einrichten, dass die strukturelle Mehrheit auf der Linken darauf brennt, ihre Stärke politisch umzumünzen. *FAZ online 17.5.2007*

Ein erstaunlich weitblickender Artikel. Tatsächlich ist mit dem Einzug der PDS in das Bremer Parlament eine historische Entwicklung eingeleitet worden. Inzwischen ist die Linke in sechs westdeutschen Landesparlamenten vertreten.



Was der FAZ-Autor nicht ahnen konnte, ist, dass Kurt Beck nicht daran scheiterte, dass er für einen strategischen Schwenk nach links nicht flexibel genug war. Beck wurde in einem nächtlichen handstreichartigen Coup von Steinmeier and friends gestürzt, weil die Gefahr bestand, dass er flexibel genug ist für einen solchen Schwenk. Auch Ypsilanti stürzte nicht über die Linke in Hessen, sondern wurde von rechten Kanalarbeitern aus den eigenen Reihen zu Fall gebracht. Und zur Zeit versucht es Matschie in Thüringen, den Mehrheitswillen von Partei und Wählerschaft mit der Brechstange auszuhebeln. Es ist schon nett, wie die FAZ die innere Verkommenheit der SPD vor zwei Jahren noch unterschätzte.

Strategische Neuorientierung der SPD

So unschön das alles ist, die SPD scheint um eine strategische Neuorientierung nicht mehr herumzukommen. Allein schon der Kurvenverlauf der SPD-Wahlergebnisse zum Bundestag seit 1990 (s. Schaubild 1) zeigt, dass die Partei seitdem eigentlich im Aufwind war und 1998 beim ersten Amtsantritt von Gerhard Schröder über 40 Prozent erreicht hatte. Der Schröderflügel hat die Partei seitdem fast bis zur Unkenntlichkeit

demontiert und seine Arbeit auch während der Großen Koalition noch gründlich fortgeführt, wie der nochmalige Abfall der roten Kurve seit 2005 zeigt. (Schaubild 1)

Rudolf Dreßler, ein prominenter SPD-Linker meinte in einem Interview mit dem *Neuen Deutschland* vor einigen Tagen: „Tja, nach diesem Desaster kann es nur noch aufwärtsgehen – falls jetzt endlich die nötigen Konsequenzen gezogen werden.“ Im *ND* wird er nach diesen Konsequenzen gefragt:

Die da wären?

Die SPD muss zunächst erkennen, dass sie keinen Alleinvertretungsanspruch für die politische Linke in Deutschland hat. Wenn man eine Machtperspektive haben will, muss man sich Partner suchen, mit denen man politische Übereinstimmungen erzielen kann. Das bedeutet, dass sich die SPD von ihrer kontraproduktiven Haltung gegenüber der Partei DIE LINKE befreien muss. Außerdem muss die SPD ihre Arbeitsergebnisse der letzten elf Jahre auf den Prüfstand stellen, um Fehler zu erkennen, und sie muss diese korrigieren.

Zunächst aber muss die Glaubwürdigkeit der Partei wiederhergestellt werden. Das gelingt allerdings nicht von einem Gründonnerstag zum nächsten. Das braucht viel Zeit und neues Personal.

Hartz IV war eine Sackgasse?

Das Konzept Hartz IV war keine Sackgasse. Gleichwohl waren Teile von diesem Paket unsozial.

Auch außenpolitisch gibt es Streitpunkte zwischen der SPD und der LINKEN.

Es gibt große Differenzen. Aber es gibt im Bereich der Sozialpolitik auch mit der FDP große Differenzen. Gleichwohl hat die SPD in den letzten Monaten versucht, sich der FDP an den Hals zu werfen.

Welche anderen Optionen hätte die SPD gehabt?

2005 gab es jenseits der CDU/CSU und der FDP eine Mehrheit im Deutschen Bundestag. Die SPD hat sich diese Mehrheit noch nicht einmal strategisch zu Nutze gemacht, sondern bereits am Wahlabend erklärt, mit den LINKEN nicht zusammenzuarbeiten. Damit hat sie sich automatisch in die Fänge der CDU begeben. Das Ergebnis dieses Vorgehens ist vier Jahre später offensichtlich. 23 Prozent, das ist der Super-GAU. Sie müssen bis zum Jahr 1893 zurückgehen, um ein ähnliches Wahlergebnis für die SPD zu finden.⁵

Auflösung der gesellschaftlichen Milieus oder Modernisierung?

Bei einer Neuorientierung braucht die SPD nicht davon auszugehen, wie postmoderne Soziologen dauernd behaupten, dass die gesellschaftlichen Milieus sich auflösen. Wie der Politologe Michael Vester in einem neuen Buch über die SPD darlegt, würden sich die gesellschaftlichen Milieus nicht auflösen sondern *modernisieren*. Der politische Hauptkonflikt spiele sich zwischen dem Anspruch der modernen Arbeitnehmer – und weiterer avantgardistischer bzw. auf Eigenverantwortlichkeit orientierter Milieus nach Selbstbestimmung und Partizipation und den hierarchisch orientierten und autoritären Milieus ab.⁶ Im Konflikt zwischen „autoritärer und partizipatorischer Demokratie“ müsse die SPD sich auf die Seite derjenigen Arbeitnehmerschichten stellen, die berufliche Fachkompetenz, solidarisches Handeln und den Wunsch nach Beteiligung und Selbstbestimmung miteinander verbinden.

⁵ Neues Deutschland 8.10.2009 <http://www.neues-deutschland.de/artikel/156990.jetzt-kann-es-nur-noch-aufwaertsgehen.html>

⁶ Nach einer Rezension des Buches von Heiko Geiling (Hrsg.), „Die Krise der SPD – Autoritäre oder partizipatorische Demokratie“; Lit Verlag Dr. W. Hopf, Berlin 2009; 352 Seiten.. Die Rezension stammt von Wilfried Gaum in *Sozialistische Positionen* <http://www.sopos.org/aufsaeetze/4ab93ed2361fd/1.phtml> Gaum schreibt dort weiter: „Die SPD ist in diesem Band nicht nur Gegenstand der Analyse, sondern auch Adressat der Aufforderung, sich in dem Konflikt zwischen „autoritärer und partizipatorischer Demokratie“ auf die Seite derjenigen Arbeitnehmerschichten zu stellen, die berufliche Fachkompetenz, solidarisches Handeln und den Wunsch nach Beteiligung und Selbstbestimmung miteinander verbinden. Am Beispiel der Ereignisse in Hessen 2008/09 werden Chancen, Risiken, Versäumnisse und schließlich das Scheitern der hessischen SPD diskutiert, der autoritär-neoliberalen Politik eines Roland Koch als Gegenmodell eine „Soziale Moderne“ entgegenzusetzen.“

Wenn das so oder so ähnlich ist, dann wäre das u.E. auf jeden Fall eine Aufgabe, die die SPD nicht allein übernehmen muss/kann und die die anderen (Linke und Grüne) nicht einfach schon gelöst hätten.

Es geht auch darum, *wie* diese Fragen gelöst werden, bzw. welchen *Ansatz* man wählt. Und hier gibt es katastrophale Varianten. Man höre nur Claudia Roth im Wahlkampf, wie sie um ihre Wählerschaft und die der FDP buhlt. Auf die Frage des Moderators in N24, ob die Grünen nicht die Partei der Besserverdienenden seien, sagte die Bundesvorsitzende der Grünen: „Die Grünen und grünes Klientel sind die am besten ausgebildeten Menschen, die den höchsten Bildungsstand haben und dann ist es auch logisch, dass sie mit so 'ner Voraussetzung auch gute Jobs kriegen.“⁷

Diese Elitegedanken Roths sind ebenso wahnhaft wie Schröders „Neue Mitte“, die er offenbar mit „neuem Mittelstand“ verwechselte, wie Michael Vester bereits 1999 spottete. Schröder und sein Hannoveraner Kreis (plus Bodo Hombach) haben sich dem Irrtum lange hingegeben, auf eine relativ schmale Schicht der New Economy von Individualisten, Selbstvorsorgern, Erfolgreichen zu setzen. Schröder und sein Dritter-Weg-Pfadfinder Hombach suchten eine vermeintliche „neue Mitte“ (etwa zehn Prozent der Wähler) und bewegten sich damit auf FDP-Gelände.⁸ Vester behauptet, dass die wirklichen sozialen Milieus der Neuen Mitte im Sinne einer echten Bevölkerungsmitte hingegen ungleich größer seien, zusammen etwas mehr als 30 Prozent.

Andererseits ergab eine Umfrage des DGB im Wahlkampf, dass die Zustimmung zu Mindestlöhnen mit 85 Prozent der Bevölkerung einen neuen Höchststand erreicht hat. Das sind fünf Prozent mehr als im Vorjahr. Diese Zustimmung geht durch alle Parteien. Die weitaus größte Zunahme mit einem Plus von zwölf auf insgesamt 74 Prozent wurde bei FDP-Anhängern gemessen!⁹

Interessant auch, dass sich für eine flächendeckende (nicht nur branchenbezogene) Einführung von Mindestlöhnen in allen Branchen noch insgesamt 54 Prozent ausgesprochen haben, davon die Anhänger der CDU/CSU mit 41 Prozent, SPD 58, FDP 36, Linke 81, B90/Grüne 63. Dieses frappierende Beispiel weist auf eine immer schroffere Diskrepanz zwischen den Verlautbarungen bzw. Taten der Parteispitzen und den Wünschen der Basis/Wähler hin. Hier kann man nur hoffen, dass dies nicht mehr lange gut geht und vielleicht die SPD-Basis den Anfang macht und sich von der Diktatur der Parteispitze befreit.

Auf die gescheiterte Strategie der SPD, die neue Mitte zu gewinnen, gibt es verschiedenste Reaktionen

⁷ Aus einem Blog-Beitrag von Jutta Ditfurth unter dem Titel »Durchgeknallt: Claudia Roth und ihre grüne Partei der Besserverdienenden«. Jutta Ditfurth schreibt dort:

„Claudia Roth, Bundesvorsitzende der Grünen, sagte: »Die Grünen und grünes Klientel sind die am besten ausgebildeten Menschen, die den höchsten Bildungsstand haben und dann ist es auch logisch, dass sie mit so 'ner Voraussetzung auch gute Jobs kriegen.« Hajo Schumacher, Moderator der N24-Talkrunde »Links-Rechts« (12.5.2009) hatte sie gefragt, ob die Grünen nicht die Partei der Besserverdienenden sind. Sie hätte einfach nur ja sagen müssen. Die grüne Parteivorsitzende ist der Meinung: wer arbeitslos ist, hat einfach nur eine zu schlechte Bildung.

Auf die Frage, ob sie nachvollziehen kann, dass es Leute gibt, die sich keine Bio-Lebensmittel leisten können, erwidert sie, sie kenne auch Arbeitslose, »Leute, die manchmal wirklich nicht wissen, wie sie an Monatsmitte noch bis zum Ende kommen...«. Co-Moderator Tiedje: »Die können sich dann doch nie Bio leisten?« »Aber die können sich dann auch nix anderes leisten«, antwortete Roth kalt.

Und weiter: »Wenn Du nicht gut isst, wird es auf Dauer Dir zu stehen bekommen ...« [Schreibweise nach O-Ton; J.D.]. Also am besten auf hohem ökologischen Niveau verhungern.“

<http://blog.prinz.de/wahl09/2009/09/22/durchgeknallt-claudia-roth-und-ihre-grune-partei-der-besserverdienenden/#more-33>

⁸ In der *Zeit* vom 2.12.1999 wird unter der Überschrift „Die Neue Mitte ist anders“ die Schicht, auf die Schröder fälschlicherweise setzte, so charakterisiert: „...der Individualist mit mehreren Karrieren, guter Ausbildung, hoher Mobilität, kreativer Intelligenz, eigenverantwortlich, organisationsseptisch, leistungsfreudig, innovativ. Man findet sie überall in der Neuen Wirtschaft, vor allem in den Kommunikationsbranchen, vom Computergeschäft über Werbung und Design bis zu Medien, Unterhaltungs- und Filmindustrie. Sie setzen Trends, sind Geschmacksvorbilder, haben Stil. Auch style.“ http://www.zeit.de/1999/49/199949.neue_mitte_.xml

⁹ »Einführung von Mindestlöhnen“ - KW 38/2009 Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung - Tabellarische Übersichten, Eine Studie von Infratest dimap im Auftrag von wegewerk / DGB http://www.dgb.de/2009/09/mindestlohn_umfrage_tabelle.pdf/

in der SPD. Thierse z.B. will jetzt „eine Volkspartei der linken Mitte“ ausrufen...

Eine neue Qualität der Ergebnisse der Linken im Westen

In den ostdeutschen Ländern ist die Linke in diesen Bundestagswahlen teilweise stärkste Partei geworden (Brandenburg, Sachsen-Anhalt) und hat sich generell neben der CDU als zweitstärkste Partei in Ostdeutschland bewährt. Die Linke hat bundesweit 11,9% der Zweitstimmen erreicht. Dieser Durchschnittswert verdeckt fortbestehende große regionale Unterschiede. Die Spannweite der Länderergebnisse liegt zwischen 6,5% in Bayern und 32,2% in Sachsen-Anhalt. Dennoch ergibt sich neben der beeindruckenden Stabilisierung und Stellung der Linken im Osten eine neue Qualität der Ergebnisse im Westen.

In Tabelle 2 haben wir die Zweitstimmenergebnisse der Linken in den Bundesländer dargestellt und daraus eine Rangfolge der Länder gemacht. Hier zeigen sich große Verschiebungen der Gewichte in Richtung Westen. Gerade in den bevölkerungsreichen Ländern Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen wurden die Stimmenzuwächse erreicht, die den bundesweiten Sprung um über drei Prozentpunkte ausgemacht haben.

Die Linke hat 1,036 Millionen Zweitstimmen hinzugewonnen. Mehr als drei Viertel dieser Stimmen stammen aus diesen vier Ländern. Bleiben ihre prozentualen Anteile an den Landestimmen auch einstellig, so erhöht sich doch das Gewicht innerhalb der gesamten Stimmenzahl für die Linke. So machen die Stimmen aus NRW jetzt 15,3% der Gesamtstimmen aus, gegenüber 12,9% in 2005, während umgekehrt z.B. der Stimmenanteil des bevölkerungsreichsten östlichen Bundeslandes, Sachsen, an den gesamten Linke-Stimmen von 14,7% auf 10,7% gefallen ist.

Interessant in dem Zusammenhang, dass sich Bayern in dieser Rangfolge der Bundesländer nach NRW und Sachsen mit 429.000 Wählern an die dritte Stelle geschoben hat, vor allen anderen östlichen und westlichen Bundesländern.¹⁰

Große Turbulenzen auf Länderebene, ausgelöst durch die Stärke der Linken

Das Wahlergebnis löst jetzt scheinbar große Turbulenzen auf Länderebene aus. Tatsächlich gingen die Turbulenzen schon im August bei den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Saarland los. Es ist die Stärke der Linken, die im Hintergrund steht, und die Puppen anscheinend in allerorten zum Tanzen bringt.

¹⁰ Vgl. *Die Ergebnisse der Bundestagswahl am 27. September 2009 – Wahlbericht und erste Analyse* von Dr. Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs <http://www.benjamin-hoff.de/serveDocument.php?id=616&file=6/b/614.pdf>

	BTW 2005	BTW 2009
	Zweitstimmen	
Bund	4.118.194	5.153.884
NRW	529.967	789.695
Sachsen	603.824	551.476
Bayern	244.701	429.412
Brandenburg	416.359	395.320
Sachsen-Anhalt	385.422	389.541
Baden-Württemberg	219.105	389.216
Niedersachsen	205.200	380.325
Thüringen	378.340	354.876
Berlin	303.630	348.327
Hessen	178.913	271.311
Mecklenburg-Vorpommern	234.702	251.565
Rheinland-Pfalz	132.154	205.143
Schleswig-Holstein	78.755	127.216
Saarland	117.089	123.874
Hamburg	59.463	76.059
Bremen	30.570	47.895

Die Daten sind sortiert nach der Zweitstimmenzahl in den Bundesländern bei der BTW 2009. Quelle: Wahlbericht und erste Analyse von Dr. Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs <http://www.benjamin-hoff.de/serveDocument.php?id=616&file=6/b/614.pdf>

Saarland

Welt Online titelte gestern begeistert „Das Saarland steuert Richtung Jamaika – endlich“:

Das „bürgerliche“ Lager hatte den Grünen zuvor weit reichende Zugeständnisse gemacht: ein längeres gemeinsames Lernen an den Schulen, die Abschaffung der Studiengebühren und ein Bekenntnis zum Atomausstieg. Zudem sollen die Grünen gleich zwei Ministerien erhalten. Viel mehr kann man mit sechs Prozent (und drei Abgeordneten) kaum erreichen. Gleichwohl steht ihnen eine Zerreißprobe bevor. Es ist ungewiss, ob ihr erratisch agierender Vorsitzender Hubert Ulrich dem Unmut der Basis gewachsen ist.¹¹

Oskar Lafontaine, gegen den jetzt von allen Seiten eine Kampagne geführt wird, als ob er Schuld an Jamaika wäre, erwiderte, dass die Linke schon im Wahlkampf gesagt habe „Wer grün wählt, wird sich schwarz ärgern.“¹² Die Grünen haben im Saarland einen Wahlkampf geführt gegen die CDU und ausdrücklich zur Ablösung der CDU. Gebetsmühlenartig haben die Grünen vor der Wahl verkündet, Schwarz-Gelb verhindern zu wollen und Jamaika abzulehnen.

Vor der jetzigen Entscheidung zu einer Jamaika-Koalition war die Stimmungslage bei den Grünen gespalten: „Bei den Grünen ist auf drei Regionalkonferenzen in dieser Woche deutlich geworden, dass es bei der Parteibasis etwa gleich viele Befürworter eines Linksbündnisses und Anhänger von »Jamaika« gibt.“ – schreibt das Neue Deutschland am 10. Oktober. D.h. die Basis ist bei den Grünen im Saarland von der Parteispitze ebenso vergewaltigt worden wie die Basis der SPD in Thüringen, was zu einer echten Zerreißprobe sowohl für die Grünen als auch für die SPD zu führen scheint.

Thüringen

In Thüringen hat die Verhandlungsdelegation der Linken nach dem unglaublichen und hinterhältigen Affront Matschies und seiner Delegation nun das Verhandlungsprotokoll zugänglich gemacht. Daraus geht hervor, wie weit die Verhandlungen zwischen SPD, Grünen und Linken schon gediehen waren und dass auch einer Einigung auf einen (möglicherweise sozialdemokratischen) Ministerpräsidenten nichts im Wege stand. Grüne und Linke haben Matschie gesagt, er brauche nur einen Namen nennen und sie würden darüber beraten. Matschie hat sich statt dessen über Nacht der CDU an den Hals geworfen und diverse Ministerämter kassiert.

Die Welt war dann so frei und hat auf dieses Verhandlungsprotokoll direkt verlinkt, das Ramelow veröffentlicht hat, um die nachträglichen Behauptungen Matschies zu widerlegen. Wir empfehlen, dieses Papier zu lesen, denn es ist ein gutes Beispiel, wie rot-rot-grüne Politik konkret aussehen könnte und wie ein Einigungsprozess trotz schwieriger, z.T. kontroverser Ausgangslage, durch kluge und ernsthafte Verhandlungen möglich wird.¹³

¹¹ <http://www.welt.de/politik/deutschland/article4809994/Das-Saarland-steuert-Richtung-Jamaika-endlich.html>

¹² Zur Entscheidung des Parteitages der saarländischen Grünen, mit FDP und CDU eine sogenannte "Jamaika-Koalition" einzugehen, erklärt Oskar Lafontaine, Vorsitzender der Partei DIE LINKE:

„Die Linke hat im Landtagswahlkampf gewarnt: Wer grün wählt, wird sich schwarz ärgern. Der Landesvorsitzende der Grünen, Hubert Ulrich, wehrte sich heftig gegen die Unterstellung, er wolle Peter Müller zu einer weiteren Amtszeit verhelfen. Sein Ziel sei es, so versicherte er, Heiko Maas zum Ministerpräsidenten zu wählen. Jetzt hat er die Maske abgelegt

Mit dem Votum für eine Jamaika-Koalition haben die Grünen ihre zentralen Wahlkampfversprechen gebrochen. In ihrem Wahlprogramm, „Zehn Punkte für eine bessere Zukunft im Saarland“ heißt es: „Die mit absoluter Mehrheit regierende CDU ist verbraucht, sie bedrückt die Menschen durch rücksichtslose Machtausübung, missachtet Bürgervoten und verhält sich obrigkeitstaatlich... Wir Grüne wollen eine gute Zukunft für unser Saarland. Dazu ist es erforderlich, die CDU-Regierung abzulösen.“

Heute haben die Grünen entschieden, die Amtszeit der CDU-Regierung zu verlängern und nicht Heiko Maas, sondern Peter Müller zum Ministerpräsidenten zu wählen.

na Presseportal unter der Überschrift: Oskar Lafontaine: Koalition der Wahlbetrüger

http://www.presseportal.de/pm/41150/1491355/die_linke

¹³ Der Weltartikel mit dem Link zum Verhandlungsprotokoll findet sich hier

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article4785757/Linke-und-Gruene-bezichtigen-Matschie-der-Luege.html>

Das Verhandlungsprotokoll selbst findet sich hier http://http://www.bodo-ramelow.de/images/uploads/files/Sondierung_Prot_30.9_09_.pdf bzw. hier

Über den Fortgang der Auseinandersetzungen in Thüringen schreibt das *ND*:

In Thüringen zerstreitet sich die SPD derweil über die Bildung einer schwarz-roten Koalition, die Landeschef Christoph Matschie eingehen will. Am Wochenende kam es auf einer Basisversammlung in der Landeshauptstadt Erfurt zu tumultartigen Szenen. Matschies Rede wurde von emotionalen Zwischenrufen unterbrochen.

Der Landeschef spricht jetzt von einem »knallharten Machtkampf«, in dem er als Gegner Erfurts SPD-Oberbürgermeister Andreas Bausewein ausgemacht hat. Es gehe nur darum, die Parteispitze zu stürzen, so Matschie: »Die SPD darf nicht chaotisiert werden«, sagte er in einem Interview mit der »Welt« in Richtung Bausewein. Die Gegner von Schwarz-Rot in Erfurt wollen nun eine Mitgliederbefragung durchsetzen. Dafür sind 400 Unterschriften nötig. Laut Bausewein sollten diese bereits am Wochenende eingesammelt worden sein.¹⁴

Die Zeit schreibt nun:

In Thüringen regiert die CDU als stärkste Kraft mit der SPD, wobei nicht klar ist, ob diese Entscheidung der sozialdemokratischen Parteispitze gegen Rot- Rot-Grün die Zustimmung eines Sonderparteitags Ende Oktober findet. Der könnte alles noch einmal auf Anfang stellen.¹⁵

Umkämpfte Bundesratsmehrheit

Zurecht erinnert Lafontaine in seiner Stellungnahme an die Verantwortung von SPD und Grünen, ihre eigenen Ziele auch wirklich möglich zu machen durch eine Änderung der Bundesratsmehrheit:

Wie in Thüringen die SPD, so verweigern sich im Saarland die Grünen der Aufgabe, im Bundesrat einen Widerstand gegen den von Merkel und Westerwelle geplanten Sozialabbau zu organisieren. Das ist, was Ulrich angeht, insofern konsequent als er einer der eifrigsten Befürworter von Hartz IV und der Agenda 2010 ist.

Noch bedauerlicher ist es, dass durch das Verhalten von Matschie in Thüringen und Ulrich im Saarland eine Bundesratsmehrheit für eine gerechte Steuerpolitik – Vermögenssteuer, Börsenumsatzsteuer, höherer Spitzensteuersatz – und eine gerechte Sozialpolitik – längeres Arbeitslosengeld, höherer Regelsatz für Hartz IV, höheres Schonvermögen, gesetzlicher Mindestlohn – in weite Ferne gerückt ist.¹⁶

Man denkt sich: Es sollte doch möglich sein, durch entsprechende Kooperationen im Saarland, in Thüringen und in Brandenburg die knappe Bundesratsmehrheit von Schwarz-Gelb zu kippen. Wie steht es nun genau mit der Bundesratsmehrheit? Die absolute Mehrheit im Bundesrat, die die Bundesregierung braucht, damit ihre Gesetze im Bundesrat durchgehen, liegt bei 35 Stimmen. Zur Zeit hätte die neue schwarz-gelbe Bundesregierung 37 Stimmen im Bundesrat, also eine knappe Mehrheit von zwei Stimmen. Steueränderungen könnte die Bundesregierung also momentan durchpeitschen, eine Grundgesetzänderung z.B. für einen Einsatz der Bundeswehr im Inneren dagegen nicht. Änderungen des Grundgesetzes sind nach Art. 79 Abs. 2 GG nur bei Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundesrates möglich, das sind mindestens 46 Stimmen.

Zur Zeit gilt, dass die Mehrheit der Bundesregierung im Bundesrat durch Länder mit schwarz-gelben Koalitionen oder rein schwarz regierte Bundesländer zustande kommt. Betrachtet man die Tabelle 3, so sieht man, dass der Verlust der Alleinregierung der CDU im Saarland und in Thüringen die schwarz-gelbe Übermacht im Bundesrat reduzierte (gelbe Felder in Tabelle 3) und andere Regierungskonstellationen in diesen Bundesländern – solange sie nicht rein schwarz-gelb sind – nichts an den Mehrheitsverhältnissen im Bundesrat ändern würden. Ähnliches gilt für Brandenburg.

So gesehen war die Zerschlagung Ypsilantis Präsidentschaft durch die SPD selbst der eigentliche Sündenfall der SPD, denn er führte zu einer schwarz-gelben Koalition auch in Hessen und damit zur jetzigen Bundesratsmehrheit von Schwarz-Gelb. Die Financial Times Deutschland frohlockte noch in

http://www.forumaugsburg.de/s_3themen/Linksbuendnis/091012_btw-ergebnis/Sondierung_Prot_30.9.09.pdf

¹⁴ Neues Deutschland 12.10.2009 <http://www.neues-deutschland.de/artikel/157210.ulrich-in-jamaika-matschie-im-machtkampf.html>

¹⁵ <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2009-10/platzeck-brandenburg-rot-rot-3>

¹⁶ Oskar Lafontaine: *Koalition der Wahlbetrüger*, a.a.o.

Tabelle 3							
Stimmenverteilung im Bundesrat, Sitzverteilung alphabetisch							
Land	Einwohner	Stimmen	Stimmen der Regierungsparteien im Bundesrat bei großer Koalition im Bund, Stand 30.9.2009	Stimmen der Regierungsparteien im Bundesrat bei schwarz- gelber Koalition im Bund	Auswirkung der Änderungen im Saarland und Thüringen		
Baden-Württemberg	10.736.000	■■■■■■■	6	CDU und FDP	-	6	6
Bayern	12.469.000	■■■■■■■	6	CSU und FDP	-	6	6
Berlin	3.395.000	■■■■■	4	SPD und Die Linke	-	-	-
Brandenburg	2.559.000	■■■■■	4	SPD und CDU	4	-	-
Bremen	663.000	■■■■	3	SPD und GRÜNE	-	-	-
Hamburg	1.744.000	■■■■	3	CDU und GRÜNE	-	-	-
Hessen	6.092.000	■■■■■	5	CDU und FDP	-	5	5
Mecklenburg-Vorpommern	1.707.000	■■■■	3	SPD und CDU	3	-	-
Niedersachsen	7.994.000	■■■■■■■	6	CDU und FDP	-	6	6
Nordrhein-Westfalen	18.058.000	■■■■■■■	6	CDU und FDP	-	6	6
Rheinland-Pfalz	4.059.000	■■■■■	4	SPD	4	-	-
Saarland	1.050.000	■■■■	3	CDU	3	3	-
Sachsen	4.274.000	■■■■■	4	CDU und FDP	-	4	4
Sachsen-Anhalt	2.470.000	■■■■■	4	CDU und SPD	4	-	-
Schleswig-Holstein	2.833.000	■■■■■	4	CDU	4	4	4
Thüringen	2.335.000	■■■■■	4	CDU	4	4	-
Summe			69		26	44	37

Eigene Berechnungen nach Wikipedia [http://de.wikipedia.org/wiki/Bundesrat_\(Deutschland\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Bundesrat_(Deutschland))

der Wahnacht: „Bundesratsmehrheit: Schwarz-Gelb kann durchregieren. Union und FDP haben wahrscheinlich künftig auch in der Länderkammer ein Übergewicht. Bis zur NRW-Landtagswahl im Mai 2010 kann Kanzlerin Merkel die Mehrheit nutzen, Gesetze der bürgerlichen Koalition ohne großen Widerstand durchzubringen.“

Die Rückeroberung der Länderkammer durch Schwarz-Gelb vollzog sich in einer kombinierten Taktik von Bundes- und Landespolitik über einen längeren Zeitraum und wurde in der Öffentlichkeit nicht so beachtet.

Große Gefahr droht(e) dem bürgerlichen Lager durch die Landtagswahl in Schleswig-Holstein. Der rabiate Kurs des Ministerpräsidenten Carstensen, mit dem er die SPD crashen wollte, hätte beinahe die Bundesratsmehrheit von Schwarz-Gelb gecrasht.¹⁷ Die Sache ist noch nicht ausgestanden, denn im Grunde ist der Crash in Schleswig-Holstein bereits eingetreten. CDU und FDP hatten gemeinsam nur 46,4 Prozent der Zweitstimmen erhalten und damit weniger als die Opposition aus SPD, Grünen, Linke und SSW. Nur mit Überhangmandaten verschaffte sich Schwarz-Gelb eine „Mehrheit“ von drei Sitzen im Landtag. Gegen dieses Verfahren klagen nun Grüne und SSW, auch die Linke hat eine Verfassungsklage angekündigt.

An diesem Beispiel sieht man schon, mit welchen hauchdünnen, fragwürdigen „Mehrheiten“ sich Schwarz-Gelb in Bundestag, Ländern und Bundesrat an die Macht drängt. Das strategische Problem für Schwarz-Gelb besteht nun darin, dass die Opposition natürlich jetzt einen Anlauf nimmt, Rüttgers bei den Landtagswahlen in NRW im nächsten Jahr zu stürzen, auch um die Bundesratsmehrheit von Schwarz-Gelb zu kippen. Je schamloser Schwarz-Gelb seine momentanen Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat ausnutzt für eine asoziale Gesetzgebung, desto mehr gefährdet es die Wiederwahl

¹⁷ RP online schrieb am 12.9.2009 unter der Überschrift *Bundesrats-Mehrheit für Schwarz-Gelb unsicher*:

„Sollte es in Schleswig-Holstein nicht zu einer schwarz-gelben Regierung kommen, wäre dies ein Handicap für eine Koalition aus denselben Parteien im Bund. Denn für viele wichtige Vorhaben – etwa eine Reform des Steuersystems – braucht jede Bundesregierung das Ja der Länderkammer. Für etwaige Änderungen der jetzigen Gesetze müsste Schwarz-Gelb dann also Kompromisse eingehen.“

Eine verpasste Bundesratsmehrheit am 27. September wäre für Christdemokraten und Liberale auch deshalb ärgerlich, weil das mindestens bis 2011 Bestand hätte. Denn 2010 wird es planmäßig nur eine Landtagswahl geben, und zwar in Nordrhein-Westfalen. Dort regieren schon jetzt CDU und FDP, der schwarz-gelbe Block könnte sich also nicht vergrößern.“ <http://nachrichten.rp-online.de/article/politik/Bundesrats-Mehrheit-fuer-Schwarz-Gelb-unsicher/51638>

Rüttgers‘ in NRW. Dieser Umstand dürfte das einzige sein, was die Meute in Berlin noch bremst, wenn überhaupt.

Die Linke positioniert sich nochmal klar und deutlich

Insofern war es sicher sehr gut, dass die neue, stark gewachsene Bundestagsfraktion der Linken sich am 9. und 10. Oktober 2009 im brandenburgischen Rheinsberg in Klausur begab und ihre politische Linie nochmal absteckte.

Angeblich führte der Umstand, dass die SPD sich jetzt im Lager der Opposition wiederfindet und nicht in einer erneuten schwarz-roten Koalition bekämpft werden kann/muss, auf Seiten der Linken zum Bedürfnis der Klarstellung der eigenen Politik und der Abgrenzung gegenüber der SPD. So argumentiert beispielsweise *der Freitag*.¹⁸

Wir glauben nicht, dass die Linke sich groß abgrenzen muss von der SPD, aber klar Position beziehen – das ist schon wichtig: für die weitere Kommunikation mit SPD und Grünen, für die Öffentlichkeit, für die Wähler und für die Arbeit der neuen Fraktion. Dem Autor dieses Artikels scheint *10-Punkte-Sofortprogramm der LINKEN* dafür eine sehr gute Ausgangslage zu schaffen. Deshalb sei zum Schluss das „Sofortprogramm“ der Linken vollständig zitiert. Es wurde übrigens von der Bundestagsfraktion einstimmig beschlossen.

Peter Feininger

10-Punkte-Sofortprogramm der LINKEN

10.10.2009

DIE LINKE hat heute in ihrer Fraktionsklausur im brandenburgischen Rheinsberg einstimmig ein Sofortprogramm beschlossen, mit dem die Fraktion in die neue Legislaturperiode startet.

Deutschland verweigert den Kriegsdienst

1. Raus aus Afghanistan

DIE LINKE will den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Wir werden im Bundestag einen Afghanistan-Friedensvorschlag vorlegen, der Entsendung weiterer Soldaten widersprechen und den Abzug der Bundeswehr fordern. Die finanziellen Mittel sollen vom militärischen Einsatz auf zivile Unterstützung umgewidmet werden. DIE LINKE wird für Abrüstung initiativ und fordert den Abzug der US-Atombomben aus Deutschland.

¹⁸ Die Zeitung *der Freitag* handelt von dem Problem in dem Artikel *Ohne Mehrheit – Die Linkspartei kann sich über das Desaster der SPD nicht freuen. Eine schwache Sozialdemokratie blockiert eine neue Politik*:

„Dass sich Oskar Lafontaine nicht recht über die Schwäche der SPD freuen will, hat aber noch einen anderen Grund.

Auch wenn das Ergebnis der Neuformierung der Sozialdemokraten, die sich jetzt langsam Bahn bricht, noch kaum abzusehen ist und personelle Schwalben noch längst keinen sozialdemokratischen Frühling machen: Opposition ist der einzige Mist, auf dem ein Neuanfang der SPD gedeihen kann. Die Partei wird sich jetzt links wenden und sei es an vielen Stellen auch nur rhetorisch. Die Gegnerschaft zu Schwarz-Gelb kann aber ebensogut einen Resonanzboden in der zerrütteten Partei entstehen lassen, auf dem programmatische Korrekturen möglich werden.

Der Linkspartei, die in den vergangenen Jahren immer auch so etwas wie eine Anti-SPD war, gehen damit Unterscheidungsmerkmale verloren. Jetzt, wo es nicht mehr darauf ankommt, ist die SPD für den gesetzlichen Mindestlohn. Im Wahlkampf hat die SPD-Spitze sich einen halben Meter von der Bahnprivatisierung distanziert. Jetzt, da Union und FDP bereits angekündigt haben, die Verkaufspläne wieder aus der Schublade zu holen, werden sich die Sozialdemokraten im Bundestag ganz in die privatisierungskritische Opposition einreihen. Die Forderung nach einem Abzug deutscher Soldaten aus Afghanistan wird nicht lange auf sich warten lassen – die Basis dürfte das auf dem Novemberparteitag der Sozialdemokraten zum Thema machen. Und so weiter.“ *der Freitag* 1.10.2009

Gute Arbeit

2. Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes und Gleichstellung in Lohnfragen

DIE LINKE setzt die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes sofort wieder auf die Tagesordnung des Parlaments. Der Mindestlohn soll in der 17. Legislaturperiode auf zehn Euro erhöht werden und Jahr für Jahr zumindest in dem Maße wachsen, wie die Lebenshaltungskosten steigen. Wir fordern gleichen Lohn bei gleicher und gleichwertiger Arbeit in gleicher Arbeitszeit für Frauen und Männer, in Ost und West, für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter und für Menschen mit und ohne Behinderungen.

3. Stärkung von Kündigungsschutz und Mitbestimmung - 2 Mio. Arbeitsplätze statt Massenarbeitslosigkeit

DIE LINKE weist alle Angriffe auf den Kündigungsschutz zurück und wird Initiativen zu seiner Stärkung ergreifen. Die Mitbestimmung in den Unternehmen ist zu verteidigen und zu erweitern. DIE LINKE setzt sich für ein Verbot von Massenentlassungen bei nichtinsolvenzgefährdeten Unternehmen und für die Rücknahme der Liberalisierung der Leiharbeit, um den Trend zur Verdrängung von regulären Arbeitsplätzen durch Leiharbeit zu stoppen.

DIE LINKE will mit Hilfe eines Konjunkturprogramms und eines Zukunftsfonds für den industriellen Umbau Arbeitsplätze für die Zukunft sichern und neue Arbeitsplätze schaffen. Dafür müssen Produktion und Produkte auf moderne, sozial-ökologische Bedürfnisse ausgerichtet werden, Investitionen in Gesundheit, Bildung, Infrastruktur ausgeweitet werden und öffentliches Personal eingestellt werden. Öffentliche Gelder an die Industrie werden nur als Beteiligungen vergeben, verbunden mit einer Ausweitung der Mitbestimmungsrechte von Belegschaften, Gewerkschaften und Verbänden.

Soziale Sicherheit

4. Kurzarbeitergeld und Arbeitslosengeld I verlängern

DIE LINKE setzt alles daran, in der Krise das Kurzarbeitergeld auf 36 Monate zu verlängern und das Arbeitslosengeld I für alle Anspruchsberechtigten auf 24 Monate zu erhöhen. Darüber hinaus ist die Dauer der Zahlung des Arbeitslosengeldes I abhängig von der Dauer der Einzahlung (pro Jahr Einzahlung einen Monat Arbeitslosengeld beginnend mit dem 3. Jahr). Dies begrenzt Verunsicherung und soziale Härten und stabilisiert die Binnennachfrage.

5. Hartz IV abschaffen

DIE LINKE wird als erste Schritte im Bundestag fordern: -Die Freigrenzen beim Schonvermögen im SGB II - zur Alterssicherung und darüber hinaus - werden deutlich erhöht. -Die Entgelte von Ferienjobs für Kinder von Hartz-IV-Beziehenden werden nicht auf die Höhe der Hartz-IV-Sätze angerechnet. -Kinderregelsatz an Kindesbedarf anpassen! Entsprechend dem Urteil des Bundessozialgerichtes soll der Bedarf für Kinder und Jugendliche in der Grundsicherung eigenständig ermittelt und in der Folge deutlich angehoben werden. -Ein Sanktionsmoratorium soll die Drangsalierung von Hartz IV-Beziehenden sofort stoppen. Unabhängig davon fordern wir die Abschaffung des Sanktionsparagraphen 31 im SGB II. - Abschaffung des Konstruktes Bedarfsgemeinschaft im SGB XII und II für Erwachsene. - Die gleichen Forderungen gelten auch für Menschen mit Behinderungen und andere Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach dem SGB XII (Sozialhilfe).

Alterssicherung - armutsfest und gleich in Ost und West

6. Rente ab 67 zurücknehmen und Rentenwert Ost-West zügig angleichen

DIE LINKE fordert die Abschaffung der Rente erst ab 67. Schon heute gehen im Osten 70 Prozent und im Westen 40 Prozent aller Neurentnerinnen und -rentner mit Abschlägen in Rente. Laut

Deutscher Rentenversicherung waren im September 2008 waren nur noch 7,4% aller 63- und 64jährigen in einer sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung. Die Anhebung des gesetzlichen Rentenalters auf 67 Jahre ist daher sozialpolitisch unverantwortlich und arbeitsmarktpolitisch widersinnig. Wir fordern eine armutsfeste Rente spätestens ab Vollendung des 65. Lebensjahres. DIE LINKE kämpft weiter für die zügige Angleichung des Rentenwertes Ost an West. Die Höherwertung der Verdienste ostdeutscher Beschäftigter ist so lange differenziert beizubehalten, bis die Angleichung bei Löhnen und Gehältern erfolgt ist.

Wer bezahlt die Krise?

7. Kleine und mittlere Einkommen entlasten - Kreditklemme bekämpfen

DIE LINKE will, dass Reiche und Vermögende für die Finanzierung der Krise sowie für gesellschaftliche Reformen herangezogen werden. Kleine und mittlere Einkommen sollen entlastet werden. DIE LINKE lehnt eine Erhöhung der Mehrwertsteuer strikt ab. DIE LINKE wird eine Reform der Einkommensbesteuerung durch eine Abschaffung des Steuerbauchs einbringen. Der/die Durchschnittsverdiener/in mit 30.000 Euro Jahreseinkommen soll eine Steuererleichterung von mehr als 100 Euro im Monat erhalten. Ab einem zu versteuernden Monateinkommen von 6000 Euro setzt zunächst eine leicht ansteigende höhere Belastung ein; Einkommensmillionäre sollen rund 100.000 Euro mehr an Steuern im Jahr zahlen. DIE LINKE wird die Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Millionärssteuer fordern, wobei Privatvermögen von über einer Millionen Euro mit fünf Prozent besteuert werden. Außerdem soll eine Börsenumsatzsteuer eingeführt werden.

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass die drohende weitere Verschärfung der Kreditklemme abgewendet wird. Bei knapp 40 Prozent der Insolvenzen im ersten Halbjahr 2009 ist die Kreditverweigerung der Banken die "zentrale Ursache". Die EZB leiht den Banken Rekordsummen für ein Prozent Zinsen. Aber sie geben diese günstigen Konditionen nicht weiter, verlangen 10, 11, ja bis zu 18 Prozent Zinsen. DIE LINKE wird von der Regierung fordern, dass sie endlich auf die Kreditvergabe der Banken Einfluss nimmt. Dazu gehört, die Banken unter staatliche Kontrolle zu stellen bis hin zur Vergesellschaftung. DIE LINKE will, dass Überziehungszinsen begrenzt werden.

8. Schutzschirm für die sozialen Sicherungssysteme

DIE LINKE lehnt es ab, dass die Kosten der Krise über Zusatzbeiträge u.ä. auf die sozial Versicherten abgeladen werden. Deshalb wollen wir einen Bundestagsbeschluss, dass die Sozialversicherungen für die durch die Krise entstehenden Defizite eine Staatsgarantie bekommen - finanziert aus den Steuermehreinnahmen. Nur so kann eine Kürzung der sozialen Leistungen und die zusätzliche Belastung der Versicherten ausgeschlossen werden. Aktuell darf bspw. das sich abzeichnende Milliardendefizit im Gesundheitsfonds (rd. 10 Mrd.) 2010 nicht über Zusatzbeiträge auf die Schultern der Versicherten abgewälzt werden.

Grundrechte verteidigen

9. Grundrechte verteidigen

Die LINKE wird eine gesetzliche Regelung für einen wirksamen Arbeitnehmerdatenschutz einbringen, der solche Schnüffelei wie bei Lidl, der Bahn oder der Deutschen Bank unterbindet. Am 31. Dezember endet die bisherige Bleiberechtsregelung für geduldete Ausländerinnen und Ausländer. Die LINKE wird sich für eine dauerhafte Bleiberechtsregelung für die rund 62.000 seit vielen Jahren hier lebenden Flüchtlinge einsetzen. Langjährig Geduldete und Menschen, die zurzeit nur befristet bleibeberechtigt sind, müssen ein gesichertes Aufenthaltsrecht und eine Lebensperspektive erhalten. DIE LINKE wird einen Antrag zur bundeseinheitlichen und bedarfsgerechten Finanzierung der Frauenhäuser einbringen, der für alle Frauen einen offenen Zugang zu Frauenhäusern und Schutzeinrichtungen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft oder ihrem Aufenthaltsstatus garantiert, Kosten für den Aufenthalt der Kinder einschließt, den Lebensunterhalt sichert und Unterhaltsansprüche von geflüchteten Frauen gegenüber Partnern auf den Staat überträgt.

Energiewende durchsetzen

10. Atomausstieg unumkehrbar machen

Wir werden parlamentarisch und außerparlamentarisch dafür streiten, dass die in der 17. Legislaturperiode abzuschaltenden sieben Reaktoren - davon vier noch bis Jahresende 2009 - wirklich unumkehrbar vom Netz gehen. Zudem werden wir darauf drängen, sofort einen Untersuchungsausschuss atomare Endlager (Asse II, Gorleben, Morsleben, Schacht Konrad und zum Endlagersuchverfahren) im Bundestag einzusetzen.

http://www.presseportal.de/pm/41150/1491047/die_linke